



ZUR PERSON

Neu im Vorstand



Helmut Knerr

Personalentwicklung und Förderung, Laufbahnrecht Polizei, Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrecht, Polizeilogistik, Bekleidung, Ausstattung/Dienstgebäude sind die Aufgabenfelder des neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden Helmut Knerr. Der 44-jährige, verheiratet und Vater von zwei Kindern, kommt aus der Bereitschaftspolizei.

Dort ist er seit mehreren Jahren auch gewerkschaftlich aktiv. Als Vorsitzender des Personalrates/BP und Mitglied im Hauptpersonalrat

/ Polizei möchte er sich natürlich auch weiterhin intensiv seinem Steckenpferd – Bereitschaftspolizei – mit all ihren verschiedenen Aufgabenstellungen und Organisationseinheiten widmen. Hier sieht er als GdP'ler zukünftig vielfältige Problemstellungen, die es im Sinne der Kolleginnen und Kollegen und der Polizei Rheinland-Pfalz zu bewältigen gilt.

Personelle Entwicklungen in der rheinland-pfälzischen Polizei, Bewältigung von Großlagen aber auch Ereignissen, so z.B. die CASTOR-

Transporte oder aber die polizeilichen Planungsgrößen und Entscheidungsfindungsprozesse um die Fußballweltmeisterschaften 2006, reizen ihn gewerkschaftspolitisch sehr und werden auch eine wesentliche Plattform seiner Arbeitsgebiete für die vierjährige Amtszeit im geschäftsführenden Landesvorstand darstellen.

EINSTELLUNGEN

Beharrlichkeit führt zum Erfolg

372

Die Landespolizeischule / FH umrahmte die öffentliche Vereidigung mit einem großartigen Tag der offenen Tür. Weit über 5.000 Besucher nahmen die Gelegenheit wahr, Einblick in die Arbeitsbereiche der Polizei zu nehmen.

Zahlreiche Ehrengäste, Eltern und Angehörige konnte der Leiter der LPS/FH Klaus Werz am 1. September auf dem Hahn begrüßen. Er dankte allen MitarbeiterInnen seines Hauses für die Vorbereitungen und die engagierte Mithilfe. Er dankte dem 24. und dem 26. Studiengang, die eine Sammlung für die Opfer der Flutkatastrophe organisiert hatten.

Innenminister Walter Zuber stellt den Erfolg der Landesregierung bei der gelungenen Konversion des ehemals von der US-Luftwaffe ge-

nutzten Geländes heraus. Beim 26. Studiengang handele es sich um die ersten dezentral bei den Präsidien eingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten. Sie hätten damit eine klare Perspektive für ihre künftige feste Dienststelle: Die stärkere Identifikation mit den Präsidien sei ausdrücklich gewünscht.

Zuber ging auf die Kriminalitätsbekämpfung, Aufklärungsquote, Häufigkeitsziffern, terroristische Bedrohung, Castoreinsätze und Präventionsarbeit als Schwerpunkte seiner Politik ein. Diese Leistungen spiegelten sich in dem hohen Ansehen wider, das die Polizei in der Bevölkerung genieße. Mit jährlich 300 Einstellungen sei die derzeitige Zahl der Polizeibeamten bis 2010 gesichert.

Werner Blatt, Inspekteur der Polizei, nahm die feierliche Vereidigung der PolizeianwärterInnen vor – festlich umrahmt vom gewohnt professionellen Polizeiorchester.

Die seit Jahren währende, beharrliche und für viele Politiker unbequeme Arbeit der Gewerkschaft der

Polizei zeitigt nun unübersehbare Erfolge. Bei allen Gesprächen mit der Landesregierung, bei Vorträgen in den Fraktionen des Landtages, bei Pressegesprächen und bei öffentlichen Veranstaltungen hatten die Gewerkschafter vor Ort und in Gremien Flagge gezeigt. Kein Termin, bei dem nicht auf die Personalnot und die drohend steigenden Pensionszahlen hingewiesen wurde. Pappkameraden wurden zum Zeugnis der klaffenden Personallücken, zu Zeugen der Arbeitsüberlastung. Demonstrativ und trotzig wurde jeden Monat unter der Überschrift „WIR MACHEN DEN SCHICHTDIENST STARK“ in der „Deutschen Polizei“ berichtet. Wir sind froh, endlich auf Gehör zu stoßen.

Nach der Ausbildungsreform sind endlich **alle** Plätze auf der FH für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen reserviert. Dies ermöglicht zum allerersten Mal in Rheinland-Pfalz die Nutzung der kompletten Kapazität für Neueinstellungen. Mit 372 erreicht deren Zahl ein neues Rekordniveau! So viele wurden von

dieser Landesregierung NOCH NIE eingestellt. Und da es viele nicht mehr wissen, hier zur Erinnerung: 1984: 111, 1985: 112, 1986: 98, 1987: 140, 1988: 125, 1989: 327, 1990: 295, 1991: 342, 1992: 255, 1993: 253, 1994: 272, 1995: 245, 1996: 246, 1997: 146, 1998: 146, 1999: 165, 2000: 236, 2001 und 2002: 372. (Wegen Verkürzung der Ausbildung durch Wegfall des Einweisungslehrgangs besteht der 26. Studiengang aus Angehörigen der Einstellungsjahrgänge 2001 und 2002.)

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

eMail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Neueinstellungen

Im Mai 2003 werden ca. 350 Kolleginnen und Kollegen eingestellt. In dieser Zahl sind 50 Einstellungen enthalten, welche Abgänge aus Vorjahren ersetzen sollen. Diese werden bei den Präsidien eingestellt, die die Abgänge durch Abbruch des Studiums oder Entlassung zu tragen haben.

Die restlichen 300 Einstellungen wurden wie nachfolgend dargestellt auf die Präsidien verteilt.

Für die Festsetzung der Einstellungskontingente der einzelnen Polizeipräsidien zum 05. Mai 2003 ist der Personalbedarf der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen maßgebend.

Im ersten Schritte wurden die altersbedingten Ruhestandsversetzungen und die nicht voraussehbaren Abgänge, welche sich für das Jahr 2006 voraussichtlich ergeben, errechnet.

Im zweiten Schritt wurde der Personalbedarf des LKA und der Polizeieinrichtungen auf die Präsidien verteilt.

Im dritten Schritt wurde berücksichtigt, dass der Personalbedarf der Präsidien Trier und Westpfalz zum großen Teil durch Versetzungen gedeckt werden soll. Daher wurden die Einstellungsquoten reduziert und den übrigen Polizeipräsidien, welche von diesen Versetzungen betroffen sind hinzugerechnet.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Einstellungskontingente:

- PP Koblenz 110 Einstellungen
- PP Mainz 73 Einstellungen
- PP Rheinpfalz 70 Einstellungen
- PP Westpfalz 25 Einstellungen
- PP Trier 22 Einstellungen.

Damit konnte die GdP verhindern, dass bei den PP'en Trier und Westpfalz die freien Stellen durch Neueinstellungen besetzt werden. Es bleibt das Ziel der GdP, Versetzungsmöglichkeiten in diese Präsidien so lange offen zu halten bis die Liste der Versetzungswilligen vollständig abgearbeitet ist.

Unverständnis

Die Überprüfung der Kriminalpolizeilichen Aktensammlungen in den K/8 der Präsidien ist, mit hoher Priorität durch das ISM ausgestattet, auf vollen Touren. Bei Praktikern vor Ort stößt die zeitliche Dringlichkeit auf Unverständnis. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass das gleiche Ziel auch – zeitlich gestreckt – durch eine Prüfung bei Neuanlage oder Ergänzung einer Akte sowie bei Aussonderungsprüfungen erreicht werden könne. Bei allem Verständnis für das Ziel, mit einem geprüften Aktenbestand im Sommer 2003 in ein neues Zeitalter der polizeilichen Datenverarbeitung einzusteigen: Es tut schon weh, wenn Beschäftigte des Wechselschichtdienstes in der Haupturlaubszeit mit der KpS-Prüfung beschäftigt sind.

Die richtigen Konsequenzen ziehen:

Aus Sicht der GdP muss die Feststellung von Fehlern bei der KpS-Erstellung aber weitergehende Folgen haben. Mit Anerkennung ist festzustellen, dass beim LKA bereits

eine Arbeitsgruppe zur Novellierung der hoffnungslos überholten, unübersichtlichen und unverständlichen KpS-Richtlinien ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Konsequenzen müssten aber noch weitergehen, so Stellv. Landesvorsitzender Bernd Becker. Nach seiner Meinung müsse das Anlegen einer „Kriminalakte“ in rechtlicher und taktischer Hinsicht in der polizeilichen Ausbildung intensiv behandelt werden. Die KpS, da ist sich Becker mit seinen Vorstandskollegen einig, ist ein äußerst wichtiges Instrument für Gefahrenabwehr, Verdachtsgewinnung und Eigensicherung.

JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

Wahlen zur JAV

Nach Absprache mit dem ISM finden am 6. und 7. November 2002 die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) statt. Die GdP kümmert sich intensiv um die Vorbereitung und Durchführung dieser Wahl. In diesem Jahr wird nicht zentral eine JAV bei der LPS gewählt, sondern auch bei den fünf Polizeipräsidien, nachdem im November 2001 und im Mai 2002 dort erstmals junge Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte direkt eingestellt wurden.

Die GdP wird in allen Präsidien mit einer Liste aus Kolleginnen und Kollegen des 26. Studienganges und bei der LPS der 24. und 25. Studiengänge antreten. Für die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung auf Ebene des Hauptpersonalrates wurde ein Liste aus allen drei Studi-

engängen zusammengestellt.

Das Engagement in einer JAV ist nicht nur die „Vorbereitung und das Training für verantwortungsvolle Aufgaben im Personalrat“, sondern dient auch und vor allem der aktiven Vertretung der Interessen der Auszubildenden, die noch keine 25 Jahre alt sind. Die JAV, die eng an die Arbeit des Personalrates angebunden ist, soll vor allem auf die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen Einfluss nehmen. Neben der Kontrolle der Einhaltung der Gesetze, Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsschutzvorschriften und Dienstvereinbarungen, die zugunsten der Auszubildenden gelten, ist ein weiterer Schwerpunkt der verantwortungsvollen Aufgaben der JAV auch die Einflussnahme in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter und der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf. Nicht zu vergessen werden darf, dass eine JAV auch Anlaufpunkt für Anregungen und Beschwerden von Auszubildenden ist und ihr somit die äußerst wichtige Funktion eines Sprachrohres der von ihr Vertretenen zukommt. Das Gesetz räumt einem Vertreter der JAV die Teilnahme an Personalratssitzungen ein. In Angelegenheiten, die die Auszubildenden betreffen, hat die gesamte JAV Teilnahme- und Stimmrecht.

Die Einrichtung einer Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung ermöglicht ein stärkere Vernetzung der einzelnen JAVs bei der Polizei.

Die Wahl einer JAV ist ein sehr formales und schwieriges Unterfangen. Auf die bestellten Wahlvorschläge kommt jede Menge „neue“ Aufgaben zu. Ihre Arbeit würde, bei einer hohen Wahlbeteiligung, Früchte tragen.



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon: (06 131) 96 00 90
Telefax: (06 131) 96 00 9 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon: (06 31) 369 2313
Telefax: (06 31) 369 2314
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom
1. 9. 2000

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG.
DruckMedien
Postfach 1452, 47594 Geldern
Hartstraße 4-6, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

VERSETZUNGEN

Transparenz und Gerechtigkeit

Für 50 Besucher waren Stühle gestellt, um viertel vor Fünf wurden mehr Stühle geholt, und fünf Minuten vor Veranstaltungsbeginn wurde der zweite Saal geöffnet: Der Leinenhof in Schweich platzte aus allen Nähten. Die GdP hatte Kolleginnen und Kollegen aus dem Rheingraben eingeladen, die sich zunehmend Sorgen um ihre Versetzungsmöglichkeiten nach Trier machen.

Ca. 150 Teilnehmer konnte der Vorsitzende der Bezirkgruppe Trier Josef Schumacher begrüßen, Kolleginnen und Kollegen mit Partnern/innen und Kindern. Eingeladen wa-

ren. Die Zahl der Pendler stieg so stark an, dass die Jahre der ‚Diaspora‘ immer länger wurden. War Mitte der 70er Jahre noch mit 10 Jahren Pendlerdasein zu rechnen, sind es aktuell über 20 Jahre.

Für die Pendler bedeutet das jahrelangen Frust: Probleme in den Familien, Pflegebedürftigkeit der Großeltern, Hilfe in elterlichen Betrieben und nicht zuletzt finanzielle Grün-

bleiben. Bis dahin bleibt die Zahl der für Versetzung offenen Stellen bei 66 %.

„Wut und Zorn erleben wir in den Gewerkschaftsveranstaltungen im Rheingraben“ berichtete Ernst Scharbach. „Die Kollegen haben das bittere Gefühl mit ihren Problemen alleine gelassen zu werden.“ Frauen würden in den Dienststellen gemobbt, weil ihre Versetzungsmöglichkeiten

und viele eingeschränkt Dienstfähige machten die Arbeit immer schwerer. Sichtlich betroffen von den vorgetragenen Sorgen sagte er dennoch zu sich dafür einzusetzen, dass die Versetzungsmöglichkeiten nicht weiter eingeschränkt würden. „Es muss weiter eine echte Versetzungsperspektive geben.“ Die steigende Zahl der Pensionierungen in seiner Behörde eröffneten weitere Möglichkeiten.

MdL Billen wusste die Schuldigen der Misere in der Landesregierung zu finden: Es müssten insgesamt mehr Polizisten eingestellt werden, dann gebe es auch mehr Versetzungsmöglichkeiten. MdL Rösch setzte sich dafür ein, dass überproportional mehr Polizisten in den Westen versetzt werden sollten.

Für die GdP formulierte Ernst Scharbach die Forderungen:

- Abschaffung der Frauenquote,
- Verminderung der Einstellungen in den PP Trier und Westpfalz bis zur ‚Abarbeitung‘ der Versetzungswünsche.
- Veröffentlichung der Versetzungsrangliste.

Mit Letzterem gingen die Versetzungen zwar nicht schneller. Man könne sich aber mit seiner persönlichen Lebensplanung ein wenig auf die

Dauer der Diaspora einrichten. Gerechtigkeit und Transparenz eben.



ren auch alle Mitglieder des Landtags aus dem Bereich Trier. Gefolgt waren ihr von der SPD: Günter Rösch und Manfred Nink, von der CDU Elfriede Meurer und Michael Billen. Auch die GdP war prominent vertreten: Helmut Knerr und Achim Oehling von der BePo, Horst Vinhoven aus Mainz, Jöbi Barz und Detlef Maurer aus Koblenz, Heinz Werner Gabler aus Ludwigshafen, Alfons Meyer aus Trier und viele andere dokumentierten das Interesse und die Unterstützung der GdP für die Probleme der Pendler.

Ernst Scharbach, Landesvorsitzender der GdP, stellte die Entwicklung der Versetzungsprobleme im Lauf der Jahrzehnte dar. Aus den strukturschwachen Gebieten im Westen wurden Jahrzehnt für Jahrzehnt mehr Beamte eingestellt als im Rheingraben; mit der Folge eines stetigen Versetzungszuges gen Wes-

de zerran an den Nerven.

Auf der anderen Seite machten die Präsidien Trier und Westpfalz mit Landtagsabgeordneten Druck auf die Regierung. Man beklagte die Überalterung im Westen. Das Ministerium folgte dem Druck durch die Einrichtung der ‚Frauenquote‘ bei den Versetzungen: Junge Frauen sollten den Mangel an Frauen und Jungen im Westen ausgleichen. In erbittertem Streit mit allen Personalräten legte das Ministerium schließlich eine Quote von 33 % für die Versetzung von Frauen fest.

Ab 2001 stellen die Präsidien ihren Nachwuchs selbst ein. Damit wird ein weiteres Drittel der offenen Stellen in Trier und der Westpfalz besetzt. Ab 2006, wenn die ‚Neuen‘ in ihre Behörden kommen, werden nur noch 33 % für die Versetzungen der ‚alten Männer‘ übrig

chancen um viele Jahre günstiger sind. „Hier werden Familiennütter gegen Familienväter ausgespielt; die falsche Einstellungspolitik wird auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen.“ Unter dem tosenden Beifall der Anwesenden appellierte Scharbach an die Landtagsabgeordneten: „Das sind auch Ihre Wählerinnen und Wähler die hier sitzen. Sie müssen sich auch um deren Belange kümmern!“

Der Polizeipräsident von Trier Manfred Bitter, der den verhinderten Staatssekretär Karl Peter Bruch vertrat, zeigte wohl großes Verständnis für die Anliegen der Pendler, verwies aber auch auf die Sorgen in seiner Behörde. Überalterung

POM aus Hamburg sucht **Tauschpartner** aus Rheinland-Pfalz. Ringtausch ist auch möglich.
Marc Walter
In de Masch 2a
22869 Schenefeld

Anfahrtsweg zu lang - PI 1 Ludwigshafen

„Ich arbeite eigentlich gerne in Ludwigshafen. Hier ist gut Dienst machen. Die Vorgesetzten sind o.k., die Stimmung in meiner Schicht auch. Aber der Anfahrtsweg ist einfach zu lang!“

Mit diesen Worten eines Kollegen aus der B-Schicht ist kurz und knapp umrissen, wo der Schuh bei der PI 1 am meisten drückt; zumindest aus der Sicht der Fernpendler, die sich schon wegen der Bildung von Fahrgemeinschaften in Ludwigshafen versammeln. Es war eine recht heftige und emotionale Diskussion, die den GdP-Vorsitzenden Ernst Scharbach beim Besuch in der PI 1 erwartete. „Ich will wissen, ob ich wenigstens noch eine kleine Chance habe, in den nächsten Jahren in meine Heimat versetzt zu werden“, war die mit großer Sorge vorgetragene Frage. „Wenn du uns

heute sagst, dass es keine Versetzungen mehr für uns geben wird, werden viele von uns kündigen, ich halte das nicht mehr aus.“ „Mit Leitbildzirkeln könnt ihr uns hier gestohlen bleiben, die lösen unser dringendstes Problem nicht.“

Ernst Scharbach erläuterte die Entwicklung der Versetzungsmodalitäten, den mühsamen und ständigen Kampf der GdP für das Offenhalten freier Stellen in Trier und der Westpfalz. Ein Kampf gegen Windmühlen und die Interessen der aufnehmenden Dienststellen. Scharbach: „Kommt zu unserer Veranstaltung am 4. September in Schweich. Erklärt den Verantwortlichen dort, dass sie auch EURE Interessen vertreten müssen. Je mehr sich in unserer Diskussion mit den Landtagsabgeordneten zu Wort melden, umso erfolgreicher kann die GdP für Euch arbeiten!“

Scharbach suchte mit den Personalräten Werner Burkard und Gerd-Uwe Jakob auch das Gespräch mit der AG Strukturprobleme. Der Leiter der PI Peter Traub erläuterte die Kernprobleme aus der Sicht der PI. Die neue Berechnungsmethode der Personalzumessungskommission (PerZuMeKo) benachteilige die großen Dienststellen, damit die kleineren am Leben erhalten werden können. Dies werde der Einsatzbelastung in seiner PI nicht gerecht. Breiten Raum nahmen auch die Probleme für **und** durch die Pendler ein. Einerseits leide die PI unter dem ständigen Personalwechsel, andererseits ist die Demotivation durch die bedrohten Versetzungsmöglichkeiten nicht zu unterschätzen. Die AG bemühe sich, die Attraktivität der Arbeit auf der PI 1 zu verbessern. Die Probleme der Pendler könne man aber beim besten Wil-

len kaum befriedigend lösen. Kritisch sei auch zu bewerten, dass gerade in diesem ‚jungen‘ Revier die KommissarsanwärterInnen von Obermeistern in den praktischen Polizeidienst eingearbeitet werden müssten. „Diese Konflikte kann man sich lebhaft vorstellen“ erläutert Traub. „Es wäre schon geholfen, wenn wenigstens die Rotationskräfte vermehrt in der Innenstadt helfen würden und es bessere Beförderungsmöglichkeiten für die Jungen gebe!“

Die GdP fordert die Abschaffung der Altersgrenze von 30 Lebensjahren für die Beförderung zum Hauptmeister. Staatssekretär Karl Peter Bruch hat die ernsthafte Prüfung dieses Hemmnisses für den nächsten Beförderungstermin versprochen, so Scharbach.

EDV ersetzt kein Personal - PI 3 Mainz

„Ich weiß nicht mehr, wo mir der Kopf steht!“ Kollege Jörg Mühleis stehen die Schweißperlen auf der Stirn. „Sieh Dir das an: DAS sind die Stunden, die im Fleximodell abgedeckt werden müssen – DAS ist die Zahl der Stunden, die die Kollegen einbringen müssen. Das klappt nicht!“

Jörg hat sich viel Arbeit gemacht. Er trägt die Tage des Monats vor, versieht sie je nach Wochentag und Uhrzeit mit der nötigen personellen Besetzung. Er prüft die voraussehbar Einsatzlage, spricht den Kräftebedarf ab. Seit mehreren Monaten läuft auf der PI 3 Mainz-Lerchenberg der Versuch mit der Flexibilisierung des Schichtdienstes. Feste Dienstgruppen sind abgeschafft.

Nicht nur der Dienstherr soll etwas von der Kräftebedarfsberechnung haben (Personal-

einsparung), sondern die Segnungen sollen auch den PolizistInnen zu Gute kommen (Arbeitszeitsouveränität). Jörg Mühleis müht sich redlich, den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden. Sein Kräftebedarfsplan wird in den Schichten ausgelegt, damit ein jeder sich eintrage zu seiner Zeit.

„Das Streichen und Setzen der Leute ist wirklich schwierig,“ berichtet Jörg. Überschneidungen müssen korrigiert, Lücken gefüllt werden. Das wäre alles gar nicht sooo schwer, aber: Das vorhandene Personal reicht vorne und hinten nicht. Jörg Mühleis führt den eindeutigen Beweis, dass die Arbeit mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten ist. Also muss er KollegInnen, die ihr Arbeitssoll voll eingebracht haben, zwangsweise setzen, also Überstunden einplanen. Damit wirft er aber genau den Vorteil über den Haufen, der den KollegInnen bei der

Abstimmung über den Probelauf versprochen worden war. Arbeitszeitsouveränität gerät damit zur Lachnummer. Nichts ist mit den paar Tagen, die nacheinander als ‚frei‘ eingetragen wurden. Die Exceltabelle sieht aus wie ein roter Flickenteppich. Farbe Rot bedeutet: Zwangsweise gesetzt.

„Jetzt schimpft hier alles über das Fleximodell“, berichtet Michael Schweikhard. „Dabei liegt es am fehlenden Personal.“ Im Grundsatz finde er das System in Ordnung. Personalrat Schweikhard: „Beim Abschluss der Dienstvereinbarung wurde uns versprochen, dass wir ein handhabbares EDV-Programm bekommen würden. Bis heute Fehlanzeige!“

Tatsächlich müht Jörg sich mehr schlecht als recht mit einer handgestrickten Exceltabelle. Das ist wahrlich kein Arbeiten, das ist Murks. „Kannst Du uns nicht das Programm

aus Wittlich besorgen, Ernst?“

Das gestaltet sich auch für den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates schwieriger als erwartet. Das Wittlicher Programm ist wohl geeignet, aber teuer. Festzustellen war, dass es fünf ernst zu nehmende, selbst gestrickte Programme in Dienststellen gibt. Als bestes gilt das Programm von Stefan Brimmer, das seit zwei Jahren in den Prüfkammern der ZPT vor sich hin schlummert. Kollege Brimmer, SB 24 beim PP Koblenz, wurde auf Bitte von Ernst Scharbach vom Ministerium beauftragt, das Programm zu überarbeiten. Er hofft dies in wenigen Wochen zu schaffen. Dann hätte Jörg Mühleis ein Problem weniger – seine Personalprobleme wird es nicht lösen.

Auf Friedensmission im Kosovo

„Wenn man das Leid der Menschen vor Ort gesehen hat, wenn man die Dankbarkeit der Bevöl-



Dr. Axel Henrichs

kerung erlebt hat, weiß man: Diese Arbeit macht wirklich Sinn. Für die Menschen in Not und für die Menschen in den potentiellen Fluchtländern.“

Für den Referenten Dr. Axel Henrichs, rheinland-pfälzischer Polizist und seit September Dozent an der PFA Münster, ist die Bilanz seiner neunmonatigen Tätigkeit eindeutig. Henrichs leitete die Polizeistation in Prizren, Kosovo. Eine Sta-

tion mit knapp 100 internationalen Polizisten aus insgesamt 21 Ländern und knapp 300 Einheimischen.

Unterlegt mit einer eindrucksvollen Bilderserie von Land und Leuten schildert er die ungewöhnlichen Herausforderungen der Friedensmission. Die Wunden, die der ethnisch geprägte Krieg auf dem Balkan geschlagen hat sind noch lange nicht geheilt. Viele hätten Zweifel, ob sie überhaupt jemals wieder miteinander leben könnten. Mord, Raub, Rache, Waffenhandel, Prostitution gehören zum üblichen Arbeitsfeld. „Die Dunkelziffer ist sehr hoch“ weiß Henrichs zu berichten.

Aber auch über die Dankbarkeit der Menschen, weil sie nicht alleine gelassen würden. „Gerade das Ansehen der deutschen Polizei ist viel höher, als ich mir jemals vorgestellt hätte“, so Henrichs. „Im Ausland bekommt man ein ganz anderes Gefühl dafür, als Deutscher wahrgenommen zu werden.“ Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sei hervorragend gewesen. „Es ist höchst interessant, die unterschiedlichen Polizeiphilosophien und Arbeitsgewohnheiten der Ländervertreter miteinander vergleichen zu können. Diese Erfahrungen werde ich nie wieder vergessen.“

Der Landesvorsitzende Ernst Scharbach begrüßte bei dem Informationsabend im Landtag die

innenpolitischen Sprecher der Fraktionen Marlies Kohnle-Gros (CDU), Reinhold Hohn (FDP) und Carsten Pörksen (SPD), die mit Staatssekretär Karl Peter Bruch (SPD) den Berichten aufmerksam zuhörten. In Vertretern der Behörden und Einrichtungen fand

Auslandseinsatz erwartet.

„Der Einsatz im Ausland ist teuer. Der Sinn steht für mich aber außer Zweifel. Die Kosten für Flucht und Vertreibung wären noch weitaus höher“, steht für Henrichs fest. Und was am schwersten wiegt: „In den Ländern ist unfassbares menschl-



Staatssekretär Karl Peter Bruch und die MdL Reinhold Hohn und Carsten Pörksen

Henrichs gespanntes Publikum. Zahlreiche Mitglieder des GdP - Landesvorstandes nahmen die Gelegenheit wahr, aus erster Hand zu erfahren, was die KollegInnen im

ches Leid geschehen. Wir müssen den Menschen helfen!“

KG BEPO ENKENBACH-ALSENBORN



Am 05.09.02 besuchten die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe Enkenbach-Alsenborn die Police Grand-Ducale in Luxemburg.

Highlights waren ein Kurzreferat über die Polizei Luxemburg, die Besichtigung der Einsatzleitstelle, der Polizeischule und dem Schießzentrum. Bei der abschließenden Stadtführung wurden die KollegInnen vom Premierminister Jean Claude Juncker (Bildmitte mit weißem Hemd und roter Krawatte) begrüßt.

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

**Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH
06131 - 9600920**

Sigi Freisberg verabschiedet

Sigi Freisberg wurde mit Ablauf des Monats Juli in den Ruhestand verabschiedet. Nach 30 jähriger Tätigkeit als Personalrat, seit 1993 als Vorsitzender des Gesamtpersonalrates PP Rheinpfalz, übergab er das Staffelholz an Hans Peter Michel.

Kollege Michel war bisher der Vorsitzende des Personalrates der PD Ludwigshafen.

Kollege Freisberg hat für den Aufbau des Gesamtpersonalrates und für die gute Zusammenarbeit von Personalrat und Behörde viel geleistet. Dafür dankten ihm der Leitende Kriminaldirektor Lothar



Hans Peter Michel



Siegfried Freisberg

Schömann und der Stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrates Heinz-Werner Gabler in ihren Ansprachen. Der Landesvorstand wünscht dem GdP-Ehrenmitglied Sigi Freisberg alles Gute, verbunden mit der Hoffnung, dass der jugendliche Pensionär nun Zeit für die Seniorenarbeit der GdP hat. Ohne jedoch die Pflichten eines frischgebackenen Großvaters zu vernachlässigen.

Unserem Mitglied Hans Peter Michel wünschen wir für seine neue Aufgabe als Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim PP Rheinpfalz eine glückliche Hand.

BERICHTET

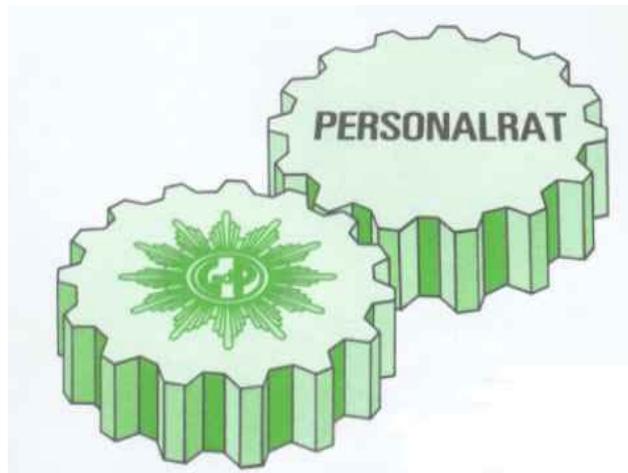
Aus dem HPRP

Die Koll. Bongarth und Scholz (PG POLADIS neu) stellten dem HPRP das aktuelle Projekt **RIVAR** (Rheinland-pfälzisches Informations-, Vorgangsbearbeitungs-, Auswerte- und Recherchesystem) vor. Nach Einführung von POLADIS neu werden über einen zentralen Datenpool vollautomatisch mit Internet-technologie und -oberfläche Kriminalitäts- und Unfalllagebilder geschaffen. AVUS, KLAUS, Geopolis, Datenweitergabe an das Statistische Landesamt / LASV, die Justiz und polizeiinterner Vorgangsexport wurden eingerichtet. Seit August 2002 wird auch die PKS miterfasst. Nach Entscheidungen des BKA und Beschluss der IMK musste das Land RP seine Gesamtplanung anpassen. Am 16.08.2003 schaltet das BKA sein altes INPOL ab. Mit Microsoft und anderen Fachfirmen wird in RP mit der Dot-Net-Technologie auf der Basis des SQL-Datenbanksystems eine Verbindung der Programme erarbeitet. Das Projekt bindet 105 Mitarbeiter; davon 65 externe. Im ersten Schritt wurde Zevis bis Juli 2002 mit der o. a. Technik neu entwickelt und in Betrieb genommen. Matthias

Bongarth konnte in der Sitzung die Beta-Version des neuen POLADIS.net und POLIS.net vorstellen. Einhellige Auffassung der

Die Einführung ist geplant für August 2003. Hoffentlich klappt's!

Einige neueingestellte Kollegen waren unter besondere Beobachtung



Mitglieder des HPRP: Das ist mehr als ein Schritt, das ist ein Sprung nach vorne. Man meldet sich nur noch einmal an und gelangt von einem Schirm in alle Anwendungen, für die man freigeschaltet wurde. Übersichtlicher ist eine Vorgangsbearbeitung kaum mehr zu machen.

des Polizeiarztes gestellt worden, weil ihr **Body-Mass-Index** (BMI) nicht stimmte: Sie waren im Verhältnis zu ihrer Größe zu schwer. Dummerweise hatte man übersehen, dass die Schwere nicht von zu viel Fett, sondern von Muskelmasse herrührte. Auf Intervention des

HPRP hat das ISM dies abgestellt.

Bei **Auslandseinsätzen** stehen erfreulicherweise mehr Bewerber zur Verfügung als Plätze. Dass ISM hat entschieden, dass auch den neuen BewerberInnen die Gelegenheit für diese Einsätze eröffnet werden soll, statt immer erneut „Wiederverwender“ einzusetzen. Man erhöhe damit auch die Zahl der KollegInnen, die über entsprechende Erfahrung korrigiert.

Den Errichtungsanordnungen der Dateien **DOMESCH** und **Auswertung RG** stimmte der HPRP zu, allerdings: Der HPRP bittet um Mitteilung, in welcher Zahl derartige Dateien inzwischen ‚gefüttert‘ werden, wie hoch ihr Nutzungs- und Nutzengrad ist und weist in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Arbeitsebene wegen permanenter Arbeitsüberlastung kaum mehr in der Lage ist, die ihr abgeforderten (und eigentlich sinnvollen) Dateien zu pflegen.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel (Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)**

MENSCHENHANDEL

Opferzeugen nicht abschieben

Menschenhandel mit ausländischen Frauen, meist aus Asien oder Osteuropa ist ein kriminelles Phänomen, das schon lange bekannt ist, seit der „Öffnung“ Osteuropas aber Hochkonjunktur hat. In diesen Verfahren spielt der Personalbeweis oft eine erhebliche Rolle. Konkret: Es ist sehr schwer von betroffenen Frauen verfahrenserhebliche Aussagen zu erlangen. Neben vielen anderen Umständen liegt dies vor allem daran, dass die Frauen eine Höllenangst vor Repressalien durch ihre Peiniger haben. Der Fachausschuss Kriminalpolizei beschäftigte sich intensiv mit dem Thema und kam zu der Auffassung, dass doch wenigstens die Zusammenarbeit öffentlicher Stellen keine zusätzlichen Verfahrensprobleme bereiten dürfe. Buddy Schäfer von der Kreisgruppe LKA erläuterte, dass es wichtig sei, dass Frauen, die bei der Polizei ausgesagt hätten, auch im Hauptverfah-

ren noch als Zeuginnen zur Verfügung ständen. Es sei oft schwierig, lediglich richterliche Vernehmungen in das Verfahren einzubringen. In Nordrhein-Westfalen habe man gute Erfahrungen damit gemacht, in Zusammenarbeit mit den Ausländer- und Sozialbehörden auch solche Frauen zunächst einmal sicher unterzubringen, die zunächst nicht aussagebereit seien. Sehr oft seien beweiserehebliche Aussagen zu erlangen, wenn die Frauen erst einmal für einige Tage unter professioneller Betreuung sicher untergebracht werden könnten. Ergebnis der Diskussionen im Fachausschuss war ein Antrag an den Landesdelegiertentag der GdP.

Hier der Antrag im Wortlaut:
„Zur Bekämpfung des Prostitutionstourismus und des Frauenhandels ist die Abschiebung von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten, solange zu-

rückzustellen und vorübergehend nach § 35 AuslG eine Duldung zu erteilen, wie sie als Zeugen in diesem Zusammenhang benötigt werden und aussagen wollen. Dies gilt auch dann, wenn zu erwarten steht, dass die Aussagewilligkeit erst durch die Möglichkeit, an einem sicheren Ort in Deutschland bleiben zu können, entsteht.

Begründung:

In zahlreichen Verfahren wg. Menschenhandels kam und kommt es zu keinen oder deutlich abgeschwächten Verurteilungen, weil keine Zeuginnen oder nur Zeugen vom Hörensagen in die Hauptverhandlung eingebracht werden können.

Dies hängt zusammen mit der oft strikten Vorgehensweise der Ausländerbehörden bei der unverzüglichen Abschiebung illegal in Deutschland lebender Frauen.

Das Innenministerium des Lan-

des Nordrhein-Westfalen hat im Jahre 1994 eine praktikable Regelung verfügt und 1995 durch ein Rundschreiben ergäntzt.

In einschlägigen Fällen ist das Interesse des Staates an einer spezial- und generalpräventiv wirksamen Verurteilung größer, als das Interesse an der Abschiebung der illegalen Ausländerin.“

Jetzt hat sich Landesvorsitzender Ernst Scharbach in einem Brief an Innenminister Walter Zuber der Sache angenommen. „Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unser Anliegen zu dem Ihren machen und die Einführung einer entsprechend praktikablen Regelung für das Land Rheinland-Pfalz prüfen“, heißt es dort abschließend.

Die GdP bleibt am Ball und wird in DP über den Fortgang berichten.

K-Fragen sind GdP-Fragen – ist doch klar!

KREISGRUPPE PP WESTPFALZ

In einer kleinen Feierstunde wurde die in einem Kaiserlauterer Seniorenheim wohnhafte Hedwig Neumüller für ihre 50-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei geehrt.

Die 94-jährige Seniorin ist im August 52 zusammen mit ihrem 1994 verstorbenen Ehemann Rudolf Neumüller, langjähriger Leiter der Mordkommission Kaiserslautern, in die Gewerkschaft eingetreten.

Die von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren, Uli Knirr, vorgenommene Ehrung brachte zum Ausdruck, wie sehr sich Frau Neumüller auch im hohen Al-

ter mit dem Beruf ihres verstorbenen Ehemannes und der Gewerkschaft der Polizei verbunden fühlt.

Der Kreisgruppenvorsitzende Karl Kauf bedankte sich bei der Geehrten für deren langjährige Treue zur gemeinsamen Familie GdP und teilte mit, stolz darauf zu sein, das älteste Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesbezirkes der Gewerkschaft, in seiner Kreisgruppe betreuen zu dürfen. Uli Knirr bescheinigte er eine hervorragende Seniorenarbeit, die ihres gleichen suchen kann und auch auf diesem Wege einmal Erwähnung finden sollte.

JUNGE GRUPPE

Blaulicht bis in die Morgenstunden

Stimmung pur bei der ersten Blaulicht-Party in Mainz. Die JUNGE GRUPPE in der GdP hatte Polizisten, Rettungssanitäter, Notärzte, Krankenschwestern, Feuerwehr und alles, was sonst noch mit Blaulicht auf dem Dach durch die Gegend saust, zur ersten Blaulicht-Party in den Kumi-Club eingeladen. Und rund 200 feierwütige Dancer standen auf der Matte. Im angesagten Mainzer Kumi-Club ging bis morgens um 04.00 Uhr die Post ab. Für einen „normalen“ Donnerstag, es war der 15.8.2002, und angesichts Großeinsatzes in den Hochwassergebieten in Ost-Deutschland, war die Aktion ein voller Erfolg und wird in jedem Fall bald wiederholt. Nachlese und Vorgeschmack für die nächste Blaulicht-Party in Bildform auf der Homepage der JG RP, unter

<http://www.gdp-rp.de/jungegruppe>

Thomas Sinner

Vorsitzender JUNGE GRUPPE

Anzeige

ANGESTELLTE IM VÜD

Aufmerksame Leserinnen und Leser der DP weisen darauf hin, dass es nicht vollkommen neu ist, in der Verkehrsüberwachung Angestellte einzusetzen. Seit Jahren seien – beispielsweise frühere Politessen – mit Erfolg in diesem Bereich tätig. Die Redaktion DP freut sich

über die Rückmeldung und das Interesse am Thema. Das aktuelle Projekt, das eine deutliche Ausweitung des Einsatzes von Angestellten zur Entlastung der Polizeiinspektionen vorsieht, wird von uns weiter aufmerksam begleitet.

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

06131 - 9600923

Mit Anträgen erfolgreich

Vom 11.-13. Juni 2002 fand unter dem Motto „Wir gestalten Zukunft. Polizei 2014“ der Landesdelegiertentag der GdP Rheinland-Pfalz in Lahnstein statt. Ähnlich wie auf der Bundesjugendkonferenz wurden hier die Ziele und wichtigsten Forderungen für die nächsten vier Jahre festgelegt.

Die JUNGE GRUPPE beauftragte den Landesvorstand folgende Forderungen gegenüber den politischen Verantwortlichen durchzusetzen:

- Eigensicherung: Die Eigensicherung der Polizisten soll durch ein inhaltlich weiter ausgebaut

Fortbildungsangebot verbessert werden.

- Einsatzfreies Wochenende: Das ISM und die Leitung der Bepo werden aufgefordert ab sofort für die Kollegen in den Einsatzhundertschaften und sonstigen operativen Einheiten der Bereitschaftspolizei mindestens ein einsatzfreies Wochenende pro Monat zu garantieren.

- Die Landesregierung wird aufgefordert für Schichtdienstler im Polizeiberuf ein kostenfreies präventives Gesundheitstraining anzubieten.

- Personalentwicklung: Landesregierung und Parlament werden

aufgefordert die Personalentwicklungsplanung für die Polizei zu korrigieren und an die steigenden Ruhestandsversetzungen anzugleichen. Ab 2003 sollen pro Jahr mindestens 400 Polizeianwärter / innen eingestellt werden.

- Personalstrukturprobleme und Versetzungen insbesondere in den PP Westpfalz und Trier sind im Interesse der bereits dort Schichtdienst leistenden Kollegen/innen entschieden anzugehen. Dabei darf der Personalzugang nicht ausschließlich über Neueinstellungen gedeckt werden. Nach wie vor müssen für heute schon im Dienst stehenden Kollegen/innen Versetzungen

in diese beiden Präsidien möglich sein.

- Rheinland-Pfalz soll POM-freie Zone werden. Und zwar sofort!

- Die Lebensaltersschränke von 30 Jahren für die Beförderung zum PHM soll ersatzlos abgeschafft werden.

- Die Auswertung der Videodokumentation in den Streifenwagen soll nicht ohne das Einverständnis der betroffenen Kollegen/innen möglich sein.

Des weiteren wurden die gleichen Anträge wie auf der Bundesjugendkonferenz eingereicht.

BEZIRKSGRUPPE MAINZ

Kulinarische Nacht

Die GdP-Bezirksgruppe Mainz veranstaltete im August 2002 zum dritten Mal die Kulinarische Nacht in Bad Kreuznach. Im Restaurant Indochina-Palace, wunderschön gelegen im Salinental in Bad Kreuznach, kamen mehr als 80 Kolleginnen und Kollegen sowie Angehörige aus dem gesamten Präsidialbereich zu der stets ausverkauften GdP-Veranstaltung.

Nach dem Empfangscocktail startete ein kulinarisches Feuerwerk aus asiatischen Köstlichkeiten mit exotischen Bestandteilen bis hin zu Krokodilfleisch. Mehr als drei Stunden drängten sich die Gäste an dem reichhaltigen Büfett und an der Grillstation im Außenbereich. Ein

Kaffee oder ein Espresso rundeten das Essen ab. Auch der Landesvorsitzende Ernst Scharbach, Thomas Will und unser ehemaliger Landesvorsitzender mit Gattin waren ebenso unter den Gästen wie der Vorsitzende der Bezirksgruppe Mainz, Horst Vinhoven.

Gerhard Remmet erinnert bei seiner Begrüßung daran, dass unter den Hochwasseropfern auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sind. So

sind alleine in Sachsen 360 Kolleginnen und Kollegen geschädigt, 130 davon schwer mit Verlust des Hausrates bzw.

starke Beschädigung von Wohneigentum. Ein Kollege hat seine Ehefrau in den Fluten verloren, sie hinterlässt ihren Ehemann und zwei Kinder im Alter von 19 und 4 Jahren. Der Kollege selbst befindet sich nach einer Herz-

operation im Krankenstand, hinzu kommt ein bisher nicht bezifferbarer Schaden an seinem Grundstück. Dies war Anlass für eine spontane Sammlung zugunsten betroffener Kolleginnen und Kollegen während des Abends. Die zusammengekommene Summe von 200 • wurde durch die Kreisgruppen Rhein-Nahe, Mainz und Worms um jeweils 100 • aufgestockt, so dass dem Unterstützungsverein der Polizei Sachsen der stattliche Betrag von 500 • durch die GdP-Bezirksgruppe Mainz überwiesen werden konnte.

Somit auch aus dieser Sicht ein durchaus gelungener Abend.



RUHESTANDSVERSETZUNGEN

- Nikolaus Velten, PP/PD Mainz, Sept.02
- Werner Rock, PD Wittlich, Sept. 02
- Hermann Zägel, PD Pirmasens, Sept. 02
- Hans Joachim Liese, PD Worms, Sept.02
- Günter Hammer, PD Pirmasens, Sept.02
- Horst Becker, PD Mayen, Sept. 02
- Josef Ehlen, PP/PD Koblenz, Sept. 02
- Herbert Urschel, PP Westpfalz, Sept. 02
- Hans-Peter Schneckenberger, KG PD Neustadt, Sept. 02

STERBEFÄLLE

- Günter Arens, PD Wittlich, 65 Jahre
- Gerti Soro, PP/PD Koblenz, 74 Jahre
- Hermann Josef Weber, PD Trier, 63 Jahre
- Karl Stöckler, Rhein-Nahe, 74 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.